



Landratsamt Nordsachsen · 04855 Torgau

Landestalsperrenverwaltung
des Freistaates Sachsen
Postfach 13 14

04570 Rötha

3193	Betrieb E/M/UWE			DB
QM VG				BL
EU RL	Bew	QM Co	KB	Verw.
BI T	14. Feb. 2018			BI B
ZD				BTL M
CAD	FM L	FM D	SM R	BTL E
EMSR	FM B	FM T	SM Sch	BTL WE
IT	FM G	SM J/D	SM W/S	BTL T

Landratsamt

Dezernat: Bau und Umwelt
 Amt: Umweltamt - SG Naturschutz
 Datum: 09. 02. 2018
 Ihre Nachricht vom: 29. 12. 2017
 Ihr Zeichen: ohne
 Aktenzeichen: 364.552.12.Deich Torgau Elbbrücke bis
 Siel Zwethau Z10.4 km 2+600 bis 3+760
 Bearbeiter: Dr. H. Wache
 Zimmer: 270
 Telefon: 03421 758 4145
 Telefax: 03421 758 854 110
 E-Mail*: Heike.Wache@lra-nordsachsen.de
 Besucheranschrift: Dr.-Belian-Straße 4
 04838 Eilenburg

Elbe - Hochwasserschutzdeich Z 10.4 Torgau Elbbrücke bis Siel Zwethau I, 4. BA rechts, km 2+600 bis 3+760 - Deichinstandsetzung - Verfahren gem. § 83 Abs. 3 SächsWG - naturschutzrechtliches Einvernehmen

Sehr geehrter Herr Ulrich-Leinau,

die Landestalsperrenverwaltung Sachsen, Betrieb Elbaue/Mulde/Untere Weiße Elster (LTV) zeigte der unteren Naturschutzbehörde (UNB) eine geplante Deichinstandsetzung auf dem rechtselbischen Deichabschnitt zwischen km 2+600 und km 3+760 an. Der Baubereich befindet sich im Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Elbaue Torgau“, festgesetzt mit Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz vom 04. Februar 1997, zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Dezember 2009 (SächsGVBl. 2010 S. 34) und in den Natura 2000-Gebieten „Elbaue und Teichgebiete bei Torgau“ (Vogelschutzgebiet-SPA, EU-Nr. DE 4342-452) sowie „Elbtal zwischen Mühlberg und Greudnitz“ (FFH-Gebiet-SAC, EU-Nr. DE 4342-301). Die LTV reichte entsprechende Unterlagen zu den Belangen des Naturschutzes (Verträglichkeitsprüfung gem. § 34 BNatSchG, LBP, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag) ein. Das Zulassungsverfahren soll auf der Grundlage von § 83 Abs. 3 SächsWG erfolgen, d. h. die Deichinstandsetzung bedarf keiner Planfeststellung oder Plangenehmigung. Gleichwohl bedarf das Vorhaben einer **naturschutzrechtlichen Entscheidung**, die wie folgt getroffen worden ist.

Das naturschutzrechtliche Einvernehmen zu den eingereichten Unterlagen für das Vorhaben „Elbe, Hochwasserschutzdeich Z 10.4 Torgau Elbbrücke bis Siel Zwethau I, 4. BA rechts, km 2+600 bis 3+760, Deichinstandsetzung“ wird erteilt.

Landratsamt Nordsachsen

Hauptsitz:

Schlossstraße 27

04860 Torgau

Bankverbindung

Sparkasse Leipzig

BLZ: 860 555 92

KTO: 221 001 7117

IBAN: DE46 8605 5592 2210 0171 17

BIC: WELADE8LXXX

Internet

info@lra-nordsachsen.dewww.landratsamt-nordsachsen.de



Das naturschutzrechtliche Einvernehmen ist an nachfolgende **Nebenbestimmungen** gebunden:

- Baubeginn und Bauende sind der UNB anzuzeigen.
- Jegliche Abweichungen oder Änderungen der Baudurchführung einschließlich Bauzeitraum sind im Vorfeld mit der UNB abzustimmen.
- Die Protokolle der ökologischen Baubegleitung sind zeitnah der UNB zu übermitteln.
- Bis zum Baubeginn ist der zum Zeitpunkt der Realisierung des beantragten Bauvorhabens anrechnungsfähige Wert der in die Eingriffsbilanzierung eingestellten Ökokontomaßnahmen E1 (Dommitzsch, Elbstr. 15) und E2 (Last 19) nachzuweisen sowie die Maßnahmen grundbuchrechtlich zu sichern.

Im Einzelnen wird festgestellt:

- I. Die eingereichten Unterlagen zur FFH- und SPA-Verträglichkeitsprüfung lassen zusammenfassend keine bau- und betriebsbedingten Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele und Zielarten in den betroffenen Natura 2000-Gebieten besorgen. Die Zulässigkeit des Vorhabens wird unter den in der Begründung aufgeführten Voraussetzungen bestätigt.
- II. Die naturschutzrechtliche Erlaubnis zur Durchführung des Vorhabens im LSG „Elbaue Torgau“ wird erteilt.
- III. Die naturschutzrechtliche Ausnahme vom Verbot des Zerstörens gesetzlich geschützter Biotope gem. § 30 Abs. 2 u. 3 BNatSchG wird erteilt.
- IV. Die naturschutzrechtliche Genehmigung gem. § 17 Abs. 3 BNatSchG zur Durchführung der vorhabenbedingten Eingriffe in Natur und Landschaft wird erteilt.
- V. Bei antragsgemäßer Umsetzung stehen dem Vorhaben nach derzeitigem Kenntnisstand keine artenschutzrechtliche Belange entgegen.

Begründung

Zu I.

Die untere Naturschutzbehörde (UNB) geht davon aus, dass eine grundsätzliche Prüfung des Hochwasserschutzkonzeptes für die Elbe und der bereits bestehenden Planfeststellungen zu den anlagebedingten Beeinträchtigungen und Grundzielkonflikten von Hochwasserschutzanlagen und deren Wirkung in Natura 2000 Gebieten gemäß BNatSchG § 36 i. V. mit dem vorgeschriebenen Verfahren nach § 34 BNatSchG vorliegt und die Grundzielkonflikte bereits ausgeräumt worden sind.

Die untere Naturschutzbehörde hat deshalb folgendes geprüft:

1. Eine angezeigte beabsichtigte Störung bzw. eine notwendige Maßnahme, welche zur Sanierung einer Hochwasseranlage notwendig ist, im Sinne BNatSchG § 33 (1).
Diese Einzelmaßnahme führt, nach den eingereichten Unterlagen, nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen. Die Maßnahme ist deshalb nach BNatSchG § 33 (1) in Verbindung mit BNatSchG § 4 Nr. 6, zulässig.
2. Die vorliegenden Unterlagen zur Projektprüfung nach BNatSchG § 34 und deren Wirkung auf die Erhaltungsziele und Zielarten.
 - Bei dieser Prüfung ist, wie oben dargelegt, eine Grundsatzprüfung der anlagebedingten Wirkungen auch in der Summe mit anderen Vorhaben für die UNB nicht mehr notwendig. Die eingereichten Unterlagen sind in diesem grundsätzlichen Konflikt nicht schlüssig. Diese

Inhalte waren jedoch, wie oben dargestellt, nicht Prüfgegenstand.

- Die betriebsbedingten Wirkungen wurden geprüft und werden nach den Unterlagen gegenüber den bisherigen Wirkungen nicht wesentlich geändert und sind deshalb auch weiter zulässig. Sie führen zu keiner nachhaltigen erheblichen Beeinträchtigung.
- Die baubedingten Wirkungen führen nach den Unterlagen gemäß den Bauzeitenregulierungen und der vorgesehenen ökologischen Bauüberwachung ebenfalls zu keiner nachhaltigen erheblichen Beeinträchtigung.

Die eingereichten Unterlagen lassen zusammenfassend keine bau- und betriebsbedingten Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele und Zielarten in den betroffenen Natura 2000-Gebieten besorgen.

Hinweis zur anlagebedingten Wirkung:

Etwaige anlagebedingte Zielkonflikte z.B. durch die fehlende Dynamik in der Flussaue, auch in der Summe mit den Unterhaltungsmaßnahmen an der Bundeswasserstraße, welche zum völligen Verlust von Zielarten und Zielbiotopen entgegen der Grundschutzverordnung (GSVO) § 3

i. V. mit der Anlage zur GSVO Nr. 1 führen kann, wurden wie oben beschrieben, nicht betrachtet. Auch die Wirkung auf die Schutzziele gem. § 3 der Grundschutzverordnung i.V. mit der Anlage zur VO Nr. 2. bis 4., welche die Verbesserung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der Arten und Lebensräume für das Verwaltungshandeln festschreiben, wurde nicht geprüft. Das Zusammenwirken mit anderen, bekannten und sich in Genehmigungsverfahren befindlichen Vorhaben ist bereits in einer Abstimmung zwischen Landesdirektion und

Landestalsperrenverwaltung geprüft und die Verträglichkeit lt. Bauzeitenmanagement bestätigt worden (Schreiben der LDS v. 29. 11. 2017, Az. C46-8401/3/11). Die Summationswirkung war deshalb nicht mehr zu prüfen.

Zu II.

Lt. § 5 LSG-Verordnung (LSG-VO) bedürfen Handlungen, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen laufen können, der schriftlichen Erlaubnis der UNB. Die Erlaubnis ist gem. § 5 Abs. 3 LSG-VO zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der unter Verbot stehenden Art gem. § 4 LSG-VO nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Bei antragsgemäßer Ausführung des Vorhabens kann davon ausgegangen werden, dass das Vorhaben dem besonderen Schutzzweck nicht zuwiderläuft.

Zu III.

Die durch das Vorhaben beseitigten geschützten Biotope *Trockengebüsch* und *magere Frischwiese* werden im gleichen Bereich wieder eingerichtet und entwickelt. Der Ausgleich als Bedingung für eine Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG wird erbracht.

Zu IV.

Die Erhöhung des Deiches sowie die Herstellung eines Ersatzneubaus des Siels Zwethau I führen zur Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes. Das Vorhaben ist deshalb als Eingriff im Sinne von § 14 BNatSchG zu beurteilen. Gem. § 17 Abs. 3 BNatSchG bedarf ein Eingriff, der nicht von einer Behörde durchgeführt wird und keiner behördlichen Zulassung oder Anzeige nach anderen Rechtsvorschriften bedarf, der Geneh-



migung der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Anforderungen des § 15 BNatSchG erfüllt sind, d. h. der Eingriffsverursacher den Nachweis erbringt, die vorhabenbedingten Eingriffe auf das unabdingbare Maß zu beschränken und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in angemessener Weise zu kompensieren. Mit den im LBP festgesetzten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen und vorbehaltlich der Richtigkeit des angesetzten naturschutzfachlichen Wertes der eingebrachten externen Ökokontomaßnahmen wird der Nachweis der ausreichenden Kompensation erbracht.

Zu V.

Bei vollständiger Umsetzung der im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen einschließlich der strikten Durchführung der ökologischen Baubegleitung kann nach derzeitigem Kenntnisstand davon ausgegangen werden, dass die Durchführung des Vorhabens nicht zu Verstößen gegen die Verbote des § 44 BNatSchG führt.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Dr. Wache
SB Naturschutz